



Beschluss

vom 23. April 2003

Nr. 3243

Interpellation

Interpellation Brigit Steiner Hunziker: Ein gutes neues Lehrstellenangebot auch in der Stadt - eine Lehre als BetriebspraktikerIn? mündlich

Die Schulverwaltung berichtet im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung:

Brigit Steiner Hunziker und 30 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 25. Februar 2003 eine Interpellation betreffend "Ein gutes neues Lehrstellenangebot auch in der Stadt – eine Lehre als BetriebspraktikerIn?" ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Umfrage bei den städtischen Realschulen per 21. März 2003 zeigt, dass von insgesamt 306 Schulabgängerinnen und Schulabgängern der Realschulen 108 einen Lehrvertrag haben, 127 keine Lehrstelle finden konnten, 69 eine Übergangslösung in Form von Brückenangeboten wählen und zwei direkt in den Arbeitsprozess einzusteigen gedenken. Von den zur Zeit 64 städtischen Teilnehmenden der Vorkurse haben zur Zeit 20 eine Lehrstelle zugesichert erhalten, während 40 noch eine Lehrstelle suchen. Die Schulleitung der Vorkurse rechnet damit, dass rund zwei Drittel der Kursabsolventinnen und -absolventen eine Anschlusslösung finden werden.

Mit einem Drittel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Realschulen sowie einem Drittel Absolventinnen und Absolventen der Vorkurse ohne Lehrstelle bzw. noch auf der Suche nach einer Lehrstelle zeigt sich auf den ersten Blick die Situation auf dem Lehrstellenmarkt dramatisch. Diese Beurteilung ist aber zu relativieren. In der Region St.Gallen stehen noch 300 frei gemeldete Lehrstellen und 30 Anlehrstellen offen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die offenen Lehrstellen nicht für alle Realschulabgängerinnen und -abgänger zugänglich sind, da diese die gestellten Anforderungen nur zum Teil zu erfüllen vermögen. Trotzdem darf erwartet werden, dass sich die Anzahl der stellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgänger verringern wird.



Was die Probleme bei der Lehrstellensuche betrifft, lässt sich feststellen, dass diese auf dem aktuellen Lehrstellenmarkt für Schulabgängerinnen und Schulabgänger dieselben geblieben sind, wie sie schon im Bericht des Stadtrates vom 6. Mai 1999 zu "Massnahmen für stellenlose Schulabgängerinnen und Schulabgänger" dargelegt worden sind. Nach wie vor sucht ein Teil der Schülerinnen und Schüler, der noch keine Lehrstelle hat, in einem Segment, dessen Anforderungen von den Suchenden nicht erfüllt werden können. Umgekehrt wird wieder wie bereits letztes Jahr eine rechte Anzahl Lehrstellen im handwerklichen Bereich unbesetzt bleiben. Gründe dafür sind Überforderung, zum Teil mangelndes Interesse, zum Teil aber auch die Tatsache, dass Jugendliche mit schwachen Schulleistungen und/oder ungenügenden Deutschkenntnissen nicht in handwerkliche Berufe wollen.

Zu Frage 2: Für das Freiwillige 10. Schuljahr und die Vorkurse an der Gewerblichen Berufsschule ist die Anmeldefrist abgelaufen. Neuanmeldungen können nur noch im Ausnahmefall Berücksichtigung finden. Dagegen werden bei den Vorlehren Klassen nach Bedarf eröffnet. Hier sind aber die Eintrittshürden gegenüber früher deutlich angestiegen. Ein definitiver Eintritt in die Vorlehre kann erst nach einer Motivationsabklärung und nach der vollständigen Einreichung der Anmeldeunterlagen unter Nachweis eines Praktikumsplatzes erfolgen. Wenn auch die Lehrstellenbörse bei der Suche von Praktikumsplätzen behilflich ist, dürfte für manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vorlehre der rechtzeitige Nachweis einer Praktikumsstelle schwierig sein. Kommt ein Eintritt in die Vorlehre nicht in Frage, bleibt der Besuch des Motivationssemesters. Nach Auskunft des RAV stehen die Mittel zur Verfügung, um mehrere Klassen zu führen. Insgesamt dürfte das Auffangangebot für stellenlose Schulabgängerinnen und Schulabgänger genügend sein.

Für die Stadtverwaltung soll aber trotzdem kurzfristig geprüft werden, ob auf Sommer 2003 weitere Praktikumsplätze zum Beispiel im Gartenbau-, Tiefbau-, im Entsorgungsamt oder bei den Stadtwerken angeboten werden können.

Zudem sind Abklärungen durch das Personalamt mit der Kantonalen Stelle für Berufs- und Laufbahnberatung und Dritten im Gange. Gemeinsam sollen Möglichkeiten geprüft werden, um stellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mittelfristig sinnvolle Lösungen anbieten zu können.

Der Stadtrat hat das Thema "Lehrstellenangebot" auch anlässlich der Jahreskonferenz mit den Wirtschaftsverbänden thematisiert. Der Gewerbeverband wird über seine bisherigen Bemühungen hinaus mit einem Aufruf an seine Mitglieder gelangen und sie einladen, die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu prüfen.

Zu Frage 3: Die Stadt bietet in zwölf Ausbildungsberufen Lehrstellen an; davon sind sechs Berufe auch Realschulabgängerinnen und Realschulabgängern zugänglich. Zur Zeit bestehen



42 Lehrverhältnisse und sechs Praktika für Absolvierende der Wirtschaftsmittelschule. Von den 14 Auszubildenden, die ihre Lehre im August beginnen werden, sind fünf Realschulabgängerinnen bzw. Realschulabgänger.

Die Stadt überprüft die Lehrstellenangebote und die Ausbildungsberufe ständig. So wird ab August 2003 erstmals die Ausbildung „Fachangestellte Gesundheit“ angeboten. Schulische Voraussetzung für diese Ausbildung ist die Realschule. Es kann festgestellt werden, dass das Interesse an der typischen Verwaltungsausbildung, der kaufmännischen Lehre, am grössten ist. Sehr gefragt sind auch Ausbildungsplätze in der Informatik. Die Nachfrage bei den Berufen, die auch Realschulabgängerinnen und Realschulabgängern offen stehen, ist jedoch deutlich tiefer.

Wie bereits dargelegt, besteht bei der kaufmännischen Lehre und bei der Informatik-Ausbildung die grösste Nachfrage. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der KV-Reform bekommt die betriebliche Ausbildung einen grösseren Stellenwert, was zu einem erheblichen Mehraufwand und zu höheren Anforderungen an die Lehrbetriebe und erhöhtem Ausbildungsbedarf für ihre Auszubildenden und Auszubildende führt. Daraus ist auch abzuleiten, dass Betriebe, die bisher regelmässig KV-Lehrstellen anboten, das Angebot verringern oder sich ganz zurückziehen, was in der Stadtverwaltung nicht der Fall ist. Im Weiteren muss ab August 03 der Ausbildung nach altem Reglement (bei den bestehenden Lehrverhältnissen) und nach neuem Reglement (Lehrverhältnisse ab August 2003) Rechnung getragen werden, was die Sache nochmals aufwändiger macht. Unter diesen Voraussetzungen ist von einem Ausbau des Lehrstellenangebotes im KV-Bereich auf diesen Sommer hin abzusehen. Im OIA absolvieren zur Zeit vier Lehrlinge und ein Berufspraktikant ihre Ausbildung zur Informatikerin bzw. zum Informatiker, bei einem Personalbestand von 20 Mitarbeitenden. Damit sind im OIA die Grenzen der Ausbildungskapazität erreicht.

Bei den anderen Lehren, die in der Stadtverwaltung angeboten werden, handelt es sich in der Mehrzahl um Ausbildungen in spezialisierten Bereichen oder in handwerklichen Berufen, wo die Nachfrage von Interessierten eine kurzfristige Ausdehnung des Angebotes nicht erfordert.

Anzufügen ist, dass die Anzahl der Lehrstellen bei der Stadt grösser ist als die Anzahl Stellen, die den Auszubildenden nach der Lehrabschlussprüfung in der Stadtverwaltung angeboten werden kann. Das bedeutet, dass einige junge Berufsleute nach Abschluss ihrer Lehre nicht weiter bei der Stadt beschäftigt werden können. Um diesen die Situation zumindest über und kurz nach der Lehrabschlussprüfung zu erleichtern, bietet die Stadtverwaltung ihnen im Anschluss an die Abschlussprüfung ein halbjähriges Praktikum bei städtischen



Dienststellen an, wo sie zusätzlich Qualifikationen und Berufspraxis erwerben können und damit auch Zeit gewinnen, um in den erlernten Beruf einsteigen zu können.

Zu Frage 4 und 5: Die Ausbildung zur Betriebspraktikerin bzw. zum Betriebspraktiker Fachrichtung Hausdienst wurde in der Stadtverwaltung erstmals im Sommer 2001 angeboten. Zur Zeit befindet sich ein Lehrling in der Ausbildung. Ein weiterer beginnt seine Lehrzeit im August. Bemerkenswert ist, dass auf die Ausschreibung der für diesen Sommer zu besetzenden Stelle nur zwei Bewerbungen eingingen.

Abklärungen wegen Ausbildungsmöglichkeiten Fachrichtung Werkhof sind im Gange. Da die Ausbildungsinhalte nicht vollständig im Strasseninspektorat vermittelt werden können, muss das Ausbildungskonzept in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erarbeitet werden. Wenn die auszubildende Person weiblichen Geschlechts ist, müssten auch zur Zeit noch nicht bestehende Infrastrukturen geschaffen werden.

Die Lehrstellensituation für die Betriebspraktikerin bzw. den Betriebspraktiker in der Stadtverwaltung wird für den Sommer 2003 aber nochmals speziell überprüft.

Anträge

Auf Antrag der Schulverwaltung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Der Schulvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Beilage:
Interpellation

Protokollauszug:
Finanzverwaltung (3)
Schulverwaltung (3)

